

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 4, 5, 12, 36 – Beamtenrecht

Dazu sagt der Vorsitzende der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen,

Karl-Martin Hentschel:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 128.09 / 25.03.2009

Unterm Strich fehlt der Mut

Mit dem Entwurf zur Änderung des Landesbesoldungs- und Beamtenversorgungsgesetzes werden die Tarifiergebnisse aus den Verhandlungen zwischen den Ländern und den Beschäftigten der Länder auf die schleswig-holsteinischen BeamtInnen übertragen. Dem werden wir zustimmen.

Nun zum Landesbeamtengesetz: Über den Plan zur Streichung der Zuwendung bei Dienstjubiläen konnten alle nur den Kopf schütteln. Die Regierungsfaktionen haben dies nun zurückgenommen und verkündet, das sei ein Zeichen der Wertschätzung. Daraus kann ich nur schließen, dass der ursprüngliche Plan ein Akt der Missachtung sein sollte!

Zur Probezeit: Ich begrüße, dass für die Ernennung zur BeamtIn auf Lebenszeit die Mindestaltersgrenze von 27 Jahren abgeschafft wurde. Gleichzeitig wurde die Probezeit auf einheitliche drei Jahre verlängert. Wir begrüßen, dass es jetzt auch zu der von den Gewerkschaften geforderten Übergangsregelung gekommen ist.

Zu den Ruhestandsaltersgrenzen: Die Einführung des Pensionsalters mit 67 Jahren ist eine Anpassung an die bestehende Rentenregelung für Angestellte. Angesichts der absehbaren Folgen der demografischen Entwicklung sind auch wir der Ansicht, dass wir an einer Erhöhung des Pensionsalters nicht vorbeikommen. Das sollten wir auch ehrlich sagen.

Es stellt sich aber die Frage, ob flexible Alterseintrittsregeln und die Berücksichtigung der tatsächlich erbrachten Arbeitsjahre nicht besser wären als starre Modelle – da würden wir uns von der Regierung mehr Kreativität wünschen.

Zum Antrag der FDP: Auch wir wollen, dass Lesben und Schwule als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität anerkannt werden. Da ist noch einiges

nachzubessern. Auch der Mehrzahl der anderen Anträge der FDP können wir zustimmen. Auch wenn wir einige Punkte nicht mittragen, werden wir dem Antrag in der Abstimmung zustimmen, um eine Einzelabstimmung zu vermeiden.

Zu unserem Antrag: Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen die gleichen Chancen haben, BeamtInnen zu werden. Deshalb haben wir den Vorschlag des wissenschaftlichen Dienstes, der die Prognose für die Prüfung der gesundheitlichen Eignung auf einen Zeitraum von fünf Jahren bezieht, als Änderung eingebracht.

Dazu möchte ich noch mal explizit betonen, dass wir als Landesgesetzgeber durchaus die Kompetenz haben, dies zu beschließen, wie es der wissenschaftliche Dienst in seiner Stellungnahme vom 03. April 2008 festgestellt hat. Die vorgeschlagene Regelung ist nicht nur sinnvoll, sie ist sogar notwendig, um künftig Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden.

Dass das nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt sich daran, dass die Europäische Kommission die vollständige und korrekte Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie sehr erst nimmt. Dies hat sie unlängst durch ein Mahnschreiben gegenüber Deutschland deutlich gemacht. Ich bitte auch deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

Zum Schluss möchte ich noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen zum Beamtenrecht machen:

Ein moderner Staat braucht ein modernes Dienstrecht. Deshalb fordern wir Grüne nach wie vor den Einstieg in ein einheitliches Dienstrecht für Angestellte, BeamtInnen. Zwar wären auch hier Sonderregelungen für die hoheitlichen Bereiche Justiz, innere Sicherheit und Steuerverwaltung notwendig, aber nichts spricht gegen eine einheitliche Regelung für Besoldung und Sozialversicherungen.

Auf diese Weise würden wir endlich eine höhere Durchlässigkeit und Wechselbereitschaft zwischen Verwaltung und Wirtschaft bekommen – das wäre ein Segen für beide Seiten. Aber das ist ein dickes Brett, in das wir noch viele Löcher werden bohren müssen.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass wir vielen Regelungen zustimmen. Wir hätten uns aber mehr Mut gewünscht und bedauern insbesondere, dass die Regierungsfaktionen nicht in der Lage waren, die Änderungsanträge der Opposition zur Vermeidung von Diskriminierungen zu übernehmen. Im Ergebnis werden wir uns deshalb enthalten.

* * *